

## Eine Erinnerungshilfe

Der Historiker und Integrationsforscher Klaus J. Bade bilanziert die »Sarrazin-Debatte« der Jahre 2009 bis 2011. Das Ergebnis fällt allerdings zwiespältig aus

*Michael Zander*

Politik und Medien sind es hierzulande gewohnt, andere Staaten in bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte zu bewerten, sofern dies außenpolitisch opportun erscheint. Vergleichsweise wenig wird hingegen berichtet, wenn Deutschland selbst in der internationalen Öffentlichkeit kritisiert wird. Dies gilt auch für die Rüge, die der Bundesrepublik durch den Antirassismus-Ausschuß der Vereinten Nationen erteilt wurde. Das Gremium hatte die Tatsache moniert, daß die Berliner Staatsanwaltschaft 2009 gegen den SPD-Politiker Thilo Sarrazin, damals Vorstandsmitglied der Bundesbank, kein Verfahren einleitete, obwohl mehrere Anzeigen wegen Volksverhetzung vorlagen. »Das Unterlassen strafrechtlicher Ermittlungen stelle einen Verstoß gegen das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung dar«, faßte der Berliner Tagesspiegel (18.4.2013) das Urteil zusammen. Gegenstand waren Sarrazins Aussagen von 2009 in einem Interview mit der Zeitschrift Lettre International: »Jemanden, der nichts tut, muß ich auch nicht anerkennen. Ich muß niemanden anerkennen, der von diesem Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für siebzig Prozent der türkischen und neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.« - »Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.« - »Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer im Obst- und Gemüsehandel (...).« - »Die Lösung (...) kann nur heißen: Kein Zuzug mehr, und wer heiraten will, sollte dies im Ausland tun: Ständig werden neue Bräute nachgeliefert.«

Diese und ähnliche Aussagen über »Intelligenz« und Produktivität ganzer Bevölkerungsgruppen, so der UN-Ausschuß, enthielten die Idee »rassistischer Überlegenheit«. Sie verweigerten Angehörigen der türkischen Minderheit den Respekt als Menschen und stachelten zu rassistischer Diskriminierung auf um ihnen den Zugang zu Sozialleistungen zu verwehren. Die Bundesregierung wurde zu einer Stellungnahme binnen 90 Tagen sowie zu Maßnahmen aufgefordert, die künftige Verstöße gegen die Antirassismus-Konvention zu verhindern.

Der deutsche Blick

Knappe Berichte über die Rüge gab es unter anderem im Tagesspiegel und auf Spiegel online (18.4.13). Beide Medien hielten den Hinweis für nötig, daß derzeit »kein Deutscher« in dem UN-Gremium sitzt. Der Spiegel-Redakteur Jan Fleischhauer höhnt über eine angebliche »Fixierung auf Deutschland als Failed State«; im Gremium säßen »zu viele Leute (...), die beweisen wollen, daß nicht nur ihre Länder Probleme haben, darunter Mitglieder aus »Togo (regiert von einem Wahlbetrüger seit 2005), Burkina Faso (beherrscht von einem Putschisten seit 1987) und Niger« (Spiegel online, 30.5.13). Über diese Art der Abwehr wundert man sich nicht, wenn man erfährt, daß Fleischhauer auch Autor der »Achse des Guten« ist, jener rechtspopulistischen Internetplattform, auf der der Sarrazin-Unterstützer Henryk M. Broder oder die CDU-Politikerin Vera Lengsfeld schreiben; letztere verteidigte in der Rechtsaußen-Postille Junge Freiheit den wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossenen Martin Hohmann. Als Medium ist Der

Spiegel selbst allerdings schon zweifelhaft genug, hatte dieser doch - zeitgleich mit der Bild-Zeitung - durch ausführliche Vorabdrucke aus »Deutschland schafft sich ab« die Popularität Sarrazins besonders gefördert. Die Bundesregierung hat gegenüber der UNO mittlerweile zugesichert, »die deutschen Gesetze daraufhin zu überprüfen, ob sie genügend Schutz vor rassistischen Äußerungen bieten« (taz, 15.7.13). Das Bundesjustizministerium erwägt Richterschulungen sowie eine Änderung des Paragraphen, der Volksverhetzung unter Strafe stellt (Tagesspiegel online, 22.7.13). UN-Beobachter, so der Tagesspiegel (17.7.13), hätten »schon mehrfach gerügt, daß der deutsche Blick sich ausschließlich auf Antisemitismus richte und andere Formen menschenverachtender Propaganda zu wenig wahrnehme.« Die Berliner Staatsanwaltschaft lehnte indes die Eröffnung eines Verfahrens gegen Sarrazin erneut ab.

Trotz des erneuten Aufflackerens ist die »Sarrazin-Debatte« inzwischen Geschichte. Vier Faktoren führten Ende 2011 zu einem Abebben der medialen Aufmerksamkeit. Erstens waren knapp ein Jahr zuvor Revolutionen in Tunesien und Ägypten ausgebrochen, die wesentlich von säkularen Kräften getragen wurden und die damit die deutschen Vorurteile über die angebliche arabische »Rückständigkeit« widerlegten. Zweitens verübte der Norweger Anders Breivik ein Massaker in einem sozialdemokratischen Ferienlager und begründete seine Tat mit einer islamophoben Ideologie, die große inhaltliche Überschneidungen mit derjenigen Sarrazins und Broders aufwies und damit das rechtspopulistische Lager in die Defensive brachte. Drittens wurden die Mordserie des »nationalsozialistischen Untergrunds« sowie Indizien für eine mögliche Verstrickung staatlicher Stellen aufgedeckt. Und viertens weitete sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise dramatisch aus, was nicht einmal die Rechtspopulisten dem Islam anhängen konnten. Zwar legte Sarrazin schnell mit einem Anti-Euro-Buch nach, das allerdings längst nicht die gleiche mediale Aufmerksamkeit erfuhr wie sein Vorgänger. Während in etlichen Talkshows rassistischen Thesen bereitwillig ein Forum geboten wurde, hörte beim Streit um die europäische Währung für den journalistischen Mainstream offensichtlich der Spaß auf.

#### Prominente Unterstützung

Mit etwas zeitlichem Abstand hat jetzt der Historiker und Integrationsforscher Klaus J. Bade eine rückblickende Analyse der Sarrazin-Debatte vorgelegt. Bade war bis Juli 2012 Vorsitzender des »Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration«. Das Gremium war auf eine Initiative der Mercator- und der Volkswagenstiftung gegründet worden, der sich später die Hertie-, die Bertelsmannstiftung und andere anschlossen. Zunächst einmal mag Bades Buch als eine Erinnerungshilfe dienen hinsichtlich der Rolle, die damals die sogenannten politischen Eliten spielten. Mehrere führende Sozialdemokraten, schreibt Bade, nahmen Sarrazin öffentlich in Schutz: »Das galt für (...) Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der schon Anfang 1982 das - heute gern von der neonationalsozialistischen Publizistik hochgehaltene - Diktum geprägt hatte: ›Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze‹ (...). Er stimmte zwar ›nicht in allen Punkten mit Sarrazin überein‹, gab ihm aber z.B. Recht, ›was die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit vieler Moslems betrifft.‹ Ähnlich äußerten sich Klaus von Dohnanyi, aber auch der (...) aus der SPD ausgetretene frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sowie der (...) SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der erklärte, daß er ›weiten Teilen von Sarrazins Analysen kaum widersprechen‹ könne, von dessen ›plattem Sozialdarwinismus‹ einmal abgesehen.« In diese Reihe prominenter Unterstützer gehören, wie Bade zeigt, der Historiker Hans-Ulrich Wehler, der rechte Historiker Arnulf Baring, die als Feministin firmierende Publizistin Alice Schwarzer, Ralph Giordano und Necla Kelek. Letzterer widmet Bade ein eigenes Kapitel, in dem er zeigt, daß Keleks abwertende Darstellungen von Muslimen in der BRD unbelegt und mit wissenschaftlichen Befunden nicht zu vereinbaren sind. Er zitiert auch offensichtliche Entgleisungen der Autorin: »Die Menschen haben nicht die Fähigkeit, ihre Sexualität zu kontrollieren, und besonders der Mann nicht. Der ist ständig (...) herausgefordert und muß auch der Sexualität nachgehen (...) - und wenn er keine Frau findet, dann eben ein Tier...« Durch subtil gesetzte Anführungszeichen relativiert Kelek den Holocaust. »Und als Ausweis dafür, daß man aus der deutschen Schuld gelernt hat, als Fortschritt gegenüber der ›rassistischen‹ Vergangenheit gilt, daß heute (...) jeder Ausländer seine Kultur, seine Religion leben und jeder so sein kann, wie er möchte.«

Ausführlich beschäftigt sich Bade mit dem Übergang von »Wortgewalt« und »Tatgewalt«, wobei er antimuslimischen Webseiten eine besondere Rolle zuschreibt, die dem Attentäter Breivik die Ideologie geliefert haben. In Zusammenhang damit stellt er auch die NSU-Morde, deren Opfer mehrheitlich türkischer Herkunft waren, wengleich er die ideologischen Unterschiede zwischen den politischen Spektren nicht unterschlägt. »Vertreter der ›Islamkritik‹ (...) hatten, oft auf pro-israelischem und sogar philosemitischem Kurs, in der Regel (...) eine Vergleichbarkeit von Antiislamismus und Antisemitismus vehement bestritten und entsprechende Vergleiche mit Schmähkritik und Haßmailkampagnen belegt.«

#### Leugnung von Islamophobie

Bade erinnert an die Ermordung der ägyptischen und im dritten Monat schwangeren Pharmazeutin Marwa El-Sherbini durch einen fanatischen Islamhasser in den Räumen des Dresdner Landgerichts am 1. Juni 2009. »Das grauenhafte Ereignis erregte in Politik und Medien in Deutschland zunächst wenig Aufsehen. Wie hätte das Echo (...) wohl ausgesehen, wenn der Gewalttäter ein fundamentalistischer Islamist und sein Opfer eine schwangere Deutsche ohne Migrationshintergrund gewesen wären? (...) Die Tatsache, daß die Bundeskanzlerin sich beim ägyptischen Staatspräsidenten erst spät für den (...) Mord (...) in einem deutschen Gerichtssaal entschuldigte, hat in der muslimischen Welt erhebliche Irritationen hinterlassen.«

Zahlreiche deutsche Journalisten, so Bade, hätten die Existenz von Islamophobie in der BRD bestritten. »Dabei wetteiferten Autoren der linken Presse (wie Axel Feuerherdt in Jungle World) und Autoren rechter Publikationen (wie Michael Miersch in der Welt). Nicht zufällig sind diese beiden Journalisten auch für die ›Achse des Guten‹ tätig (...). In der Angst vor dem Islam (...) überwinden viele Linke und Rechte ideologische Grenzen und reichen sich die Hände.« In der Tat sah der »Antideutsche« Feuerherdt offensichtlich die Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung in Gefahr: »Bereits der Auftakt des Prozesses um den Mord an Marwa Al-Sherbini machte deutlich, daß das zuständige Dresdner Landgericht unter besonderer Beobachtung steht. Im Zuschauerraum hatten sich am Montag vergangener Woche unter anderem der ägyptische Botschafter in Deutschland, der Präsident der von Sympathisanten der Muslimbruderschaft dominierten ägyptischen Rechtsanwaltskammer und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland eingefunden.« (Jungle World, 5.11.09) Vorwürfe von Islamfeindschaft, wie sie seinerzeit in arabischen Ländern erhoben wurden, schrieb der Autor zwischen Anführungsstriche, die seine Distanzierung signalisieren sollten. Den Tausenden ägyptischen Demonstranten für das Mordopfer unterstellte er pauschal unredliche Motive.

#### Ein »Integrationsregime«?

Überraschenderweise macht Bade seinem Hauptkontrahenten im Buch weitreichende Zugeständnisse. Sarrazin, meint er, sei »eine mit Blick auf seine berufliche Lebensleistung Achtung gebietende Persönlichkeit«. Vermutlich soll das Lob den Anspruch des Verfassers unterstreichen, »differenziert« zu kritisieren. Zugleich zeigt es aber eine Nähe, die sich - unbeschadet aller auf der Hand liegenden Gegensätze - aus zum Teil übereinstimmenden Positionen ergibt. So verortet Bade die in der Sarrazin-Debatte zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Konflikte ausschließlich auf kulturellem, nicht aber auf ökonomischem Gebiet. Ein »Wandel von Strukturen und Lebensformen« in der Einwanderungsgesellschaft könne »Kulturangst« erzeugen. Diese und »weniger die (...) Angst um Arbeit und Einkommen ist offenbar ein wesentlicher Hintergrund für lange rätselhafte Abwehrbewegungen gegenüber starker Zuwanderung«. Ohne es zu merken, liefert Bade nur wenige Seiten danach einen Befund, der in eine andere Richtung weist. Rassismus ist auch dort stark, wo nicht »kultureller Wandel«, dafür aber wirtschaftliche Probleme spürbar sind. Bade schreibt, daß Mecklenburg-Vorpommern den niedrigsten »Ausländeranteil« aller Bundesländer hat, während in allen Kreistagen und im Landesparlament die NPD

vertreten ist.

Er selbst stellt Gemeinsamkeiten mit Sarrazin fest. Wo dieser »in seiner Kritik an Migrations- und Integrationspolitik recht hatte«, habe er längst Bekanntes geschrieben, was allerdings »Mut« beweise. Sein Buch enthalte »nüchterne Bestandsaufnahmen« und »pointierte sozialstaatskritische Argumente«. Die von ihm »geforderte Sozialleistungspflicht des Wohlfahrtsstaates für Neuzuwanderer« sei ein »alter Hut«. Über eine »Reparatur« solle allerdings nicht mit »unsensibler Härte« nachgedacht werden. Bade bemängelt, es würden »jene selektiven Migrationsmechanismen abgeschaltet, nach denen weiterziehen oder zurückkehren soll, wer nicht dauerhaft seine wirtschaftliche Existenz sichern kann, wie dies in marktorientierten Integrationsregimen gilt, z.B. in den USA.« Die auf die »Agenda 2010 zurückgehende Verbindung von ›Fördern und Fordern‹«, so der Autor, könne nicht schaden, wenn sie »auf den Arbeitsmarkt führt«. Und die »Hartz-IV-Maschinerie war ursprünglich einmal klug ausgedacht, wurde dann aber stets weiter verschlimmbessert und ist (...) heute (...) verfassungswidrig.« Der, wenn auch vielfach relativierte, neoliberale Zug in der Argumentation könnte dazu beigetragen haben, daß die Mercator- und die Volkswagenstiftung mit Bade als Vorsitzendem ihres Sachverständigenrates einverstanden waren. Obwohl das Aufkommen rassistischer Bewegungen und Diskurse in Europa mit der schwersten Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren zusammenfällt, ist bei ihm vom Kapitalismus nicht die Rede, vielmehr werden dessen Rahmenbedingungen verteidigt. Dies ist die entscheidende Schwäche des Buchs und macht sein Ergebnis zwiespältig.

Immerhin macht es noch einmal deutlich, welch gefährliches Spiel die Rechtspopulisten treiben. Wenn eine buntscheckige und widersprüchliche Koalition Muslime sowie die von Sarrazin sogenannten »Plebejer« und mißliebige Linke kollektiv diffamiert, dann schafft sie langfristig ein feindseliges Klima, das alle Minderheiten gefährdet. Ob Sarrazin publizistisch aktiv bleibt, ist unerheblich. Er hat seinen Beitrag bereits geleistet.

*Michael Zander ist Psychologe und lebt in Berlin. Zusammen mit Thomas Wagner veröffentlichte er 2011 im Berliner Verlag Spotless das Buch »Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte. Untersuchung eines Syndroms«.*

**Klaus J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, »Islamkritik« und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2013. 398 Seiten, 26,80 Euro**

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2013/11-16/004.php>; Datum: 18.11.2013.